

Irreführung der Öffentlichkeit. Verschiedene Emails von Prof. Klaus Feinen

Sehr geehrter Herr Fraktionsvorsitzender Granitzka,

es ist einfach traurig. Ich hatte Sie auch nach dem EuGH Urteil informiert, dass die Bundesrepublik Deutschland - vertreten durch den Bundeswirtschaftsminister - in der ganzen Sache nur Bote der lügenhaften Märchenerzählungen, die die Kölner und Düsseldorfer Beamten gegenüber der EU-Kommission und dem EuGH, Luxemburg, vorgetragen haben, war und sich überhaupt fachlich und sachlich aus der ganzen Angelegenheit heraus gehalten hat.

Warum erzählten Sie vor laufender Kamera heute in der „Lokalzeit Köln“ genau das Gegenteil. Hier nochmals - ich nehme an Sie können jetzt lesen - aus dem Brief des Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Berlin vom 20.12.2007 zitiert: „Betr.: Vertragsverletzungsverfahren 2005/4955, Messe Köln - Ihr Schreiben vom 12.12.2007 - Sehr geehrter Herr Professor Dr. Feinen, Bundesminister Glos hat mich gebeten, für Ihr o.g. Schreiben zu danken Sie stellen dort Ihre Sicht der Hintergründe und Zusammenhänge des Vergabevorgangs „Messe Köln“ dar.

Unter gemeinschaftsrechtlichen Aspekten wird das entsprechende Vertragsverletzungsverfahren - wie alle anderen Vertragsverletzungsvorwürfe gegen Deutschland auch - von hier aus betreut.

Für die fachlich - sachlichen Aspekte dieser Sache liegt die Verantwortung jedoch allein bei der insoweit eigenverantwortlich handelnden Stadt Köln bzw. bei dem Land Nordrhein-Westfalen. Das Land führt die Kommunalaufsicht und muss insoweit auch für die Beachtung der einschlägigen Bestimmungen des deutschen und des europäischen Vergaberechts Sorge tragen.

Im Rahmen der Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Vertragsverletzungsverfahren - und insbesondere bei Rechtssachen vor dem Europäischen Gerichtshof - obliegt die genaue Ermittlung des Sachverhalts den Landesregierungen. Eine konkurrierende Sachverhaltsermittlung vor Ort durch die Bundesregierung ist nach der Kompetenzordnung des Grundgesetzes nicht vorgesehen“.

Ja, sehr geehrter Herr Fraktionsvorsitzender, da haben Sie leider wieder einmal - und schon erneut vor laufender Fernsehkamera - Unsinn erzählt, um den das Desaster zu verantwortenden Alt-OB zu schützen.

Irgendwann müssen Sie schon Ihre anhaltenden „Märchenerzählungen“ in dem größten Klüngelgeschäft der Nachkriegsgeschichte beenden und sich zur Wahrheit bekennen.

Darf ich das morgen Abend in der „Lokalzeit Köln“ erfahren? Das wäre dann schon toll.

Ich werde mit vielen Mails weiter die Wahrheit vertreten, der ich mich verpflichtet fühle als pünktlich in Köln seine Steuern zahlender Bürger.

Und diejenigen Verantwortungsträger, die diese Stadt durch Fehl- und Missmanagement herunter gewirtschaftet haben, sollten in sich gehen und ihre Fehler bekennen.

Es war doch allen 2003/2004 das Ausschreibungsproblem bekannt und die „Turnerei“ um das Ankaufsrecht und die nach außen völlig unwahre Darstellung „die KölnMesse GmbH hätte „das Heft des Handelns in der Hand gehabt“ und nicht die Stadt Köln, hat dies doch allen deutlich gemacht.

Das konnten Sie doch nachträglich alles in den Kölner Zeitungen, die das aufgedeckt hatten, nachlesen.

Nur wenn man Regierungspräsident und Innenminister bewusst halb informiert und die tatsächlichen Sachverhalte auch noch bewusst falsch beschreibt, darf man diese kommunalaufsichtsrechtlichen Stellen nicht auch noch für sein eigenes Fehlverhalten als „Zeugen“ heranziehen, wie Sie es leider in der „Lokalzeit“ auch vorgetragen haben. So hat mir damals das Regierungspräsidium Köln auch mitgeteilt, nachdem ja die Stadt Köln behauptet hatte, dass die ganze Angelegenheit „autonom“ von der KölnMesse GmbH behandelt und abgewickelt worden sei und eben nicht von der Stadt Köln, leider keinen Zugriff auf die Unterlagen bei diesem privatrechtlich organisierten Unternehmen habe und man als Kommunalaufsicht nur für die Stadt Köln zuständig sei.

Ich konnte ja dann der EU-Kommission das Gegenteil beweisen und diese zu einer eindeutigen unwiderruflichen Festlegung bringen, dass die Stadt Köln der autonome Vertragspartner war und dem EschOppenheim-Fonds genau vorgegeben hatte, was wie zu bauen war, so dass die rechtliche Folgerung der notwendigen öffentlichen Ausschreibung sehr einfach für Brüssel war..

Wie können Sie hier, wo der Alt-Oberbürgermeister nachgewiesener Weise (siehe EuGH-Urteil, wo ja die Lügen aufgedeckt wurden und für die Richter ganz klar ermittelbar war, dass die gesamte Verantwortung unmittelbar bei der Stadt Köln lag) auch den Regierungspräsidenten objektiv belogen hatte, auch diesen noch als Unterstützung der falschen Rechtsmeinung der Stadt Köln heranziehen?

Auch das ein Beweis, dass die Stadtverwaltung genau die Ausschreibungsproblematik kannte, sonst hätte man hier nicht zu lügen brauchen. Aber man wollte ja unbedingt das Klüngelgeschäft auf Wunsch der Stadtparkasse mit dem EschOppenheim-Fonds machen, was bei einer kommunalaufsichtsrechtlichen Prüfung nie und nimmer genehmigt worden wäre.

Das ist schon eine Chuzpe was Alt-OB und Kämmerer alles getan haben, um die Kommunalaufsicht fern zu halten!

Ich darf sicherlich erwarten, dass Sie in Kürze die Dinge klarstellen und Ihre Fehlaussagen korrigieren.

Jeder Bürger dieser Stadt würde sich darüber freuen, wenn endlich mal von den Verantwortlichen die reine Wahrheit und nichts als die Wahrheit in dem unglaublich verklüngelten Geschäft in der Öffentlichkeit gesprochen und geschrieben würde. Das Urteil ist für Sie und alle Ihre Ratskollegen und die Vorgänger wie auch die alte Stadtverwaltung schon ein berechtigter Schlag „auf die Wange“, damit endlich mal hier in Köln die Wahrheit ausgesprochen und schlimme Fehler aufgedeckt werden.

Lesen Sie mal die über 100 Punkte durch (im Internet veröffentlicht) was die Generalanklägerin beim EuGH alles an Lügen der Stadt Köln aufgedeckt hat und wie klar für sie die Notwendigkeit der Ausschreibung war. Und die Stadt Köln soll keinen lesekundigen Verwaltungsbeamten haben oder gehabt haben, der das nicht auch alles 2003/2004 hätte feststellen konnte?

Das glaubt doch nach dem Urteil kein Mensch mehr in der Welt.

Es ist schon schade, dass man sich dieses alles über das höchste europäische Gericht in Luxemburg beschaffen muss.

Mit freundlichen aber mit mehr traurigen Grüßen (ich gebe bei Ihnen die Hoffnung noch nicht auf!)

Prof. Dr. h.c. Klaus Feinen, 19.11.2009

Sehr geehrter Herr Fraktionsvorsitzender der CDU im Rat der Stadt Köln Winrich Granitzka,

was ich eben dem WDR-Fernsehen entnommen habe, ist einfach traurig.

Sie reklamieren für unseren Alt-OB den stellv. AR-Vorsitz der KölnMesse-GmbH, die er doch durch sein Klüngelgeschäft mit dem EschOppenheim-Fonds faktisch in den Ruin getrieben hat.

Sie scheinen es leider - ist das Rechnen Ihnen im Rat verloren gegangen? - immer noch nicht verstanden zu haben, unser OB Schramma hat als Verantwortlicher der Stadt Köln und ehemaliger AR-Vorsitzender der KölnMesse GmbH durch das gesetzwidrige Geschäft, das hat ja nun der EuGH bestätigt, was ich dem Alt-OB schon vor 4 Jahren coram puplico über das Fernsehen und Aufsätzen in Fachzeitschriften vorgeworfen habe, das städtische Vermögen unnütz um rd. 300 Millionen Euro geschädigt.

Es ist ein unglaublicher Witz, wenn es nicht so schlimm wäre, was Sie dem Kölner Bürger mit Ihrem lächerlichen Nominierungsvorschlag zumuten.

Sie schaden unserer CDU ganz gewaltig und sollten bitte überlegen, ob Sie diese in einem so hohen Amt überhaupt noch bei diesen skurrilen Bewertungen Ihrerseits repräsentieren können.

Ihre objektiv falschen Berichte über das ganze Klüngel-Geschäft haben Sie leider, sehr geehrter Herr Granitzka, bis heute nicht widerrufen bzw. korrigiert, obwohl ich Sie xfach dazu gebeten hatte.

Ihnen scheint es wirklich schwer zu fallen, Urteile des höchsten europäischen Gerichts zu akzeptieren und daraus die notwendigen Konsequenzen zu ziehen.

Wie wollen Sie für unsere Partei CDU überhaupt irgendwo noch irgendwie etwas schaffen?

Freundliche, aber mehr traurige Grüße

Prof. Dr. h.c. Klaus Feinen, 19.11.2009

Sehr geehrter Herr Kreisparteivorsitzender der CDU Köln Jürgen Hollstein,

Sie wollen doch in anderem Zusammenhang nicht hören, dass die Kölner CDU als „Kaderpartei“ bezeichnet wird.

Wenn Sie aber als unser Vorsitzender den durch das höchste Europäische Gericht wegen Gesetzesverstoßes verurteilten Alt-Oberbürgermeister, denn dieser hat als Verantwortlicher für die Stadt Köln und die KölnMesse GmbH das Gesetz gebrochen, nicht die beklagte und den Prozess verlorene Bundesrepublik Deutschland (die hat sich nur blamiert, weil sie die Märchen- und Lügengeschichten des Kölner Klüngels als Bote weiterleiten musste), für unsere Partei, die CDU, mit „Tantiemenpöstchen“ wie hier zum stellv.

Aufsichtsratsvorsitzenden der KölnMesse GmbH, genau für dieses Unternehmen, das er durch sein nachgewiesenes Klüngelgeschäft in den Ruin getrieben hat (Schaden mind. 300 Mill. Euro), wählen, dann ist der Ausdruck „Kaderpartei“ noch viel zu gemäßigt für solche unglaublichen Zustände.

Im Übrigen habe ich Sie vor 2 Jahren auch über dieses unsägliche Klüngelgeschäft zwischen Alt-OB und EschOppenheim informieren wollen, Sie sagten aber „Sie hätten damit nichts zu tun“. Das mag ja für die Vergangenheit stimmen. Umso mehr sind Sie jetzt als unser Vorsitzender gefordert, weiteren Schaden von der CDU fernzuhalten.

Hier sehe ich aber auch gar nichts von Ihnen. Im Gegenteil, obwohl ich Sie auch informiert habe, haben Sie gestern Abend Herrn Granitzka vor laufender WDR-Fernsehkamera die unsägliche Entscheidung in Bezug auf die „Beförderung“ des Alt-OB verkünden lassen.

Sie sollten sich mal bei unseren Wählern umhören, was dies für ein katastrophales Echo ausgelöst hat.

Sie sollten sich mit Herrn Granitzka zusammen in die Ecke stellen und schämen und darüber nachdenken, welche Eigenschaften wirklich CDU-Repräsentanten benötigen, um einer solchen Partei vorstehen zu dürfen.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. h.c. Klaus Feinen, 19.11.2009